

Redaktion: 17. Reichenstraße, Dresden. Druck: 17. Reichenstraße, Dresden. Verleger: 17. Reichenstraße, Dresden. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte: 30 Pf.

Verlag: 17. Reichenstraße, Dresden. Druck: 17. Reichenstraße, Dresden. Verleger: 17. Reichenstraße, Dresden. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte: 30 Pf.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: 17. Reichenstraße, Dresden. Druck: 17. Reichenstraße, Dresden. Verleger: 17. Reichenstraße, Dresden. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte: 30 Pf.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Kühlsch. 1, Reichenstraße 17, Telefon 20711 und 21042.

Der Reichstag zum Defizitetat

Für ernste Kritik

Berlin, 14. März.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat heute dem Reichstag den Haushaltsvoranschlag für 1929 mit einer Rede über die Finanzlage des Reiches unterbreitet. Die Einzelheiten sind bekannt. Sie summieren sich in dem Defizit, das der ordentliche Haushalt hauptsächlich infolge der Erhöhung der Reparationsleistungen um 312 Millionen Mark aufweist und dem Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts, der beim Abschluß des Rechnungsjahres 1928 nicht weniger als 788 Millionen beträgt. Die Anspannung der Finanzlage des Reiches übersteigt noch die pessimistischsten Schätzungen, die der Reichsfinanzminister im November bei der ersten Bekanntgabe der hauptsächlichsten Etatsziffern gemacht hat, indem er das Defizit der Reichskasse zu ultimo März mit einer Milliarde Mark veranschlagte. Der Fehlbetrag beträgt heute bereits 1,2 Milliarden. Es gibt leider nur zwei Wege, das Defizit im Reichsetat zu beseitigen, entweder die Schaffung neuer Einnahmen durch neue Steuern oder Einsparungen auf der Ausgaben Seite. Der Reichstag hat bekanntlich nur kleine Veränderungen an der Vorlage der Regierung vorgenommen, die sich im finanziellen Endergebnis ausgleichen. Der Reichstag wird sich darüber schlüssig werden müssen, ob er sich mit den Steuervorschlägen der Regierung (165 Millionen aus der Biersteuer, 90 Millionen aus dem Branntweinmonopol, 20 Millionen Erbschaftsteuern, 104 Millionen Vermögenssteuer und Kürzung der Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden um 120 Millionen), einverstanden erklärt, oder ob er weitere Abstriche auf der Ausgaben Seite vornehmen will.

Fest scheint jedenfalls das eine zu stehen, daß die Vorschläge der Regierung nicht im vollen Umfang vom Parlament genehmigt werden. Fest steht leider auf der anderen Seite auch die Tatsache, daß die Abstriche, die die Parteien an der Regierungsvorlage machen werden, das Gesamtbild des Etats nicht allzu sehr beeinträchtigen können. Einsparungen müssen, wo sie möglich sind, unter allen Umständen vorgenommen werden. Auch der Reichsfinanzminister hat in seiner Reichstagsrede die Notwendigkeit einer entschiedenen Sparpolitik betont. Sparvorschläge sind von allen Parteien vorbereitet, am radikalsten von der Deutschen Volkspartei, die den Haushalt angeblich ohne neue Steuern balancieren und das gesamte Defizit durch Einsparungen decken will. Das klingt zwar sehr bestechend, aber leider nicht sehr überzeugend. Es ist sehr bequem, die Bewilligung neuer Steuern abzulehnen, ohne gleichzeitig mit konkreten Vorschlägen zum Ausgleich des Fehlbetrages aufzutreten. Man wird sehr gespannt sein dürfen, in welcher Richtung sich die Sparvorschläge der Deutschen Volkspartei bewegen werden und man dürfte vielleicht nicht fest gehen in der Annahme, daß sie sich in der Hauptsache auf die Vorarbeiten des Hansabundes stützen werden.

Die Denkschrift des Hansabundes macht Einsparungsvorschläge in einer Gesamthöhe von 493,1 Millionen Mark, und läßt die weitere Streichung von 100 Millionen Mark offen. Damit würde das Defizit in der Regierungsvorlage sogar in einen Ueberschuß verwandelt. Man muß die Arbeit, die in dieser Denkschrift steckt, anerkennen. Sie prüft die einzelnen Positionen des Haushalts an Hand der Haushaltsrechnung, d. h. der tatsächlichen Ausgaben der letzten Jahre für die einzelnen Zwecke, und erweckt den Eindruck, daß bei einer gründlichen Durchsicht der Haushaltsvoranschläge Einsparungsmöglichkeiten wohl da und dort vorhanden sind, wenn auch nicht in dem Umfang, den der Hansabund errechnet. Denn gerade die hauptsächlichsten Abstriche, die der Hansabund an den Reichsausgaben macht, halten kaum einer kritischen Prüfung stand. Einmal handelt es sich bei einem Teil der Abstriche um Einsparungen, die wahrscheinlich an anderer Stelle wieder als Mehrbelastungen erscheinen würden, z. B. bei der weiteren Kürzung der Länderüberweisungen um 83 Millionen Mark. Auch die 266 Millionen, die der Hansabund allein am Etat des Reichsarbeitsministeriums einsparen will, stehen sozusagen nur auf dem Papier. Das gilt vor allen Dingen von den 164 Millionen Beträgenden

Die heutige Nummer enthält das St. Dennis-Blatt, das Sonntagblatt für die Dörfer Weifen.

Beiträgen des Reiches zur Invalidenversicherung durch die Hingabe von Reichsanleihestücken statt Bargeld. Einmal handelt es sich hier nur um eine zeitliche Verschiebung der Zahlungsverpflichtung, auf der anderen Seite hat der Reichstag bereits über den an dieser Stelle eingesparten Betrag durch Vergabe eines entsprechenden Darlehens an die Arbeitslosenversicherung verfügt. Ähnlich verhält es sich mit den Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge, deren Einsparungsmöglichkeit vor allem von der Frage abhängig ist, ob die entsprechenden Arbeiten bereits eingeleitet sind oder nicht.

So bestreidend also auch die radikalen Einsparungsvorschläge einzelner Parteien und wirtschaftlichen Organisationen aufs erste wirken mögen, sie können nicht über die betrübliche Tatsache hinwegtäuschen, daß der Fehlbetrag des Reichshaushaltes durch Einsparungen allein nicht ausgeglichen werden kann. Soweit solche Einsparungen möglich sind, werden die Parteien sich mit aller Energie für entsprechende Streichungen auf der Ausgaben Seite des Etats einzusetzen müssen. Wogegen sich eine verantwortungsbewusste Politik jedoch mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen muß, das sind die Bestrebungen, aus der finanziellen Notlage des Reiches und der Ueberbürdung des deutschen Steuerzahlers durch demagogische Versprechungen an die Öffentlichkeit parteipolitischen Kapital zu schlagen.

Wir wenden uns damit durchaus nicht gegen eine sachlich abgemessene Kritik. Kritik ist heute not-

wendiger denn je. Es ist nicht zu verkennen, daß die Denkwiese des deutschen Volkes in finanziellen Fragen durch die Gewöhnung an die Milliardenziffern der Inflationszeit noch stark beeinflusst ist. Wir müssen wieder lernen auch bei den Rechenhaushalten des Reiches und der übrigen öffentlichen Körperschaften sozusagen mit Pfeilen zu rechnen und auch die kleinen Tagesausgaben gründlicher auf ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hin zu prüfen. Aufgabe der Volksvertreter wird es sein, sich mehr als bisher der Prüfung dieser Fragen zu widmen und den Machtkontrollbestrebungen der Bürokratie mit der sachlichen Kleinarbeit der Finanzkritik zu begegnen. Es mag sein, daß diese Kleinarbeit, das Eindringen in die „Geheimwissenschaften“ des Etats mit seinen tausenderlei Positionen zunächst weniger dankbar anmutet, als die Beschäftigung mit den Problemen der „hohen“ und „höchsten“ Staatspolitik. Aber auch im demokratischen Staate bleibt die Prüfung der Staatsausgaben und die Steuerbewilligung eines der wichtigsten Rechte des Parlaments, das zugleich höchste Pflichten umschließt.

Die Zentrumsparterie wird sich diesen Pflichten nicht entziehen. Ihre Stellung im Parlament und ihr Aufbau aus allen Schichten der Bevölkerung befähigt sie mehr als jede andere zur verantwortungsbewußten kritischen Sachlichkeit. Sie wird sich aber auf der anderen Seite durch ihre Freiheit von persönlichen Bindungen an das Kabinett nicht zu demagogischen Kunststücken gegenüber der Öffentlichkeit zum Zweck des Stimmenjags verleiten lassen.

Das Zentrum warnt die Regierung

Eine vielbeachtete Rede des Abg. Dr. Brüning — Die unmögliche Haltung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 15. März.

Im Reichstag haben gestern die Etatberatungen begonnen. Sie wurden wie üblich mit einer Rede des Reichsfinanzministers eingeleitet (S. Seite 7 d. Nr.). Auch der Reichskanzler wird, wie verlautet, im Verlaufe der Debatte noch das Wort nehmen. Es heißt, er werde sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die von ihm vorgelegten fünf Punkte, die den Weg zur Großen Koalition ebneten sollten, nicht angenommen worden seien. Sie sind bekanntlich von der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden. Außerdem soll der Kanzler die Absicht haben, auf die von ihm seinerzeit abgegebene Regierungserklärung hinzuweisen, in der auch gesagt ist, daß die Regierung die Große Koalition erstrebe.

Für den politischen Einfluß, den die Zentrumsparterie auch außerhalb der Regierung in die Waagschale zu werfen vermag, war die Rede des Abg. Dr. Brüning zum Etat ein Musterbeispiel. Um diese Rede gruppierte sich tatsächlich in der gestrigen Reichstagsitzung das politische Interesse aller Parteien. Ueber die Stellung des Zentrums zum Etat ließ Dr. Brüning die Regierung und den Reichstag in keinem Punkte im Unklaren. Besonders nachdrücklich erinnerte er an die unhaltbare Stellung der Deutschen Volkspartei, die wohl an der Regierung teilhabe, aber die Last der Verantwortung möglichst weit von sich abzuwälzen versucht. Wir geben nachstehend diese Rede des Abg. Dr. Brüning im Zusammenhang mit den Ausführungen der Redner der anderen Parteien wieder:

Abg. Herr (Zog.) ging auf die Deckungsvorlage des Reichsfinanzministers ein. Die Regierung selbst, so bemerkte er, werde kaum auf die unveränderte Annahme dieser Vorschläge rechnen haben. Mit der Kürzung der Länder- und Gemeindeanteile sind wir einverstanden, aber wir wollen dabei nicht über den Regierungsvorschlag hinausgehen. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen treffen zu zwei Dritteln die Massensteuern und nur zu einem Drittel die Besitzsteuern. Wir verkennen nicht, daß in der Alkoholbesteuerung noch gewisse Möglichkeiten liegen (hört! hört!). Die Bayerische Volkspartei war 1925, als sie in der Regierung saß, für die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer. Wir Sozialdemokraten behalten uns die endgültige Stellungnahme zu dem Regierungsvorschlag vor. Wir verkennen nicht die schweren Bedenken, die gegen eine Erhöhung der Biersteuer sprechen. Die von anderer Seite empfohlene Erhöhung der Umsatzsteuer lehnen wir ab. Die Lagerssteuer könnte früher getroffen werden, beispielsweise durch Er-

höhung der Schaumweinsteuer. Bei den Besitzsteuern müßten wir höhere Erträge erzielen lassen. Auf die Luftfahrzeugsteuer brauchen wir nicht länger zu verzichten. Die von der Volkspartei vorgeschlagene Behinderung der öffentlichen Betriebe lehnen wir ab. Dieselbe Deutsche Volkspartei, die jede neue Steuer beifällt, verlangt hier eine neue Verbrauchsteuer auf Wasser, Gas und Elektrizität. Wie kann diese Partei, die zwei Minister in der Regierung sitzen hat, von verarmungsanaloger Finanzpolitik und Verschwendungssucht reden? Sie trägt seit 1925 die Verantwortung für Regierungen, in denen die Sozialdemokratie nicht vertreten war. Sie hat die Finanzen belastet durch eine Politik zugunsten des erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten eine Subvention von 10 Millionen für die Firma Mannesmann durchgesetzt, ein Betrag, der jetzt verlorren ist (hört! hört!). Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für die Finanzpolitik der jetzigen Regierung. Sie weiß, daß dieser Etat das Schicksalsbuch der letzten Regierung ist.

Abg. Dr. Obersohn (Dn.) erklärt, die diegemalte Einsparung des Etats bilde nicht nur formell und zeitlich, sondern auch politisch eine Bankrotterklärung des gegenwärtigen Reichskabinetts. Sie sei gleichzeitig ein äußeres Zeichen dafür, daß sich die jetzige Reichsregierung weder als allgemeine noch als finanzpolitisch den Schwierigkeiten gewachsen gezeigt hat. Die Aktionsunfähigkeit der Regierung habe einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden könne. Alle hässliche und famelische Kritik, die namentlich vor den Reichstagswahlen an der letzten Regierung geübt worden sei, schaffe nicht die Tatsache aus der Welt, daß diese Regierung heroortragendes und Dauerhaftes geleistet habe. Der Redner nennt es das Verdienst des Ministers v. Schlieffen, daß bisher das Gleichgewicht in den Etats der letzten Jahre hergestellt werden konnte. Der leichfertige Schritt des Herrn Reinhold in der Umsatzsteuererhöhung und die Senkung der Lohnsteuer als erster und fast einziger politischer Akt der neuen Regierung seien die Marksteine auf dem Wege zu dem jetzigen Defizit. Die Methode der Geldbeschaffung, mit der der Reichsfinanzminister sich zu helfen suche, könne nur als grandiose Kumpulwirtschaft bezeichnet werden. Der Redner äußert sich dann zu den einzelnen Vorlagen und wendet sich gegen die Kürzung der Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden, weil darin nur ein völlig unzureichender und übersteilter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zugunsten des Reiches zu erblicken sei. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen würden von keiner Partei allgemein grundsätzlich abgelehnt. Die Gesamterlöse in Deutschland sei nicht mehr Reinertrag. Die Entziehung von Finanzmitteln seitens der öffentlichen Körperschaften habe in den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen. (Hört, hört! rechts.) Der Redner fordert energische Ausgabenlenkung angesichts der Tatsache einer riesenhaften Ueberbürdung der öffentlichen Ausgaben und des Behördenapparates. Auch der Begriff der Zwangsläufigkeit von Ausgaben sei durchaus relativ. Man müsse in dieser Notzeit auch den Mut zu Gesetzesänderungen aufbringen, um der Zwangsläufigkeit entgegenzutreten. Der Redner betont, daß die Gegner an ihrer Ausdauerabsicht umso mehr festhalten würden, wenn man die deutsche Wirtschaft für lässig halte, so gewaltige Steuererhöhungen

Der Inhalt der Lateran-Verträge

Abgrenzung der Diözesen und Ernennungsrecht der Bischöfe

den aufzubringen. Auf die Dauer könne die Möglichkeit eines unangenehmen Falls selbst bei größter innerer Sparigkeit nur durch eine Befreiung von den Domestiken kommen. Die größte Gefahr, die die deutschnationale Volkspartei noch zu vollbringen haben werde, bestehe darin, daß sie einmal berufen sein werde, eingeleitet zu werden, wenn es sich um die Erlangung eines wahren Friedens im Sinne der Befreiung von diesen Lasten handelte.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll. Bei der Einführung der Arbeitslosenversicherung sind zweifellos Rücksicht aufgetreten. Aber die jetzt aufstehenden Bedenken, namentlich wegen der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter sind gerade von uns rechtigst betont worden. Der Finanzminister hat die Arbeitslosenversicherung 1929 betr. 1,2 Milliarden. Die Ausgaben für Reich, Länder und Gemeinden für diesen Zweck machte jedoch 1928 dieselbe Summe aus. Wo sind aber die von den Ländern an diesem Gebiete ersparten 240 Millionen geblieben? Ich fürchte die Besoldungsbedingungen sind in diesem Rahmen gestiegen. (Hört! hört!) Dringlich ist eine steuerliche Entlastung der Landwirtschaft, namentlich eine Befreiung der Rentenbankzinsen. Wenn wir auch zu einer jährlichen Prüfung aller Sparvorschläge bereit sind, müssen wir Streichungen an sozialen Ausgaben doch unter allen Umständen ablehnen. Wenn einfach die produktive Erwerbslosenfürsorge über die Vorkostenbeihilfe abgedeckt werden soll, dann ist das kein sozialer Vorschlag. Unsere Mitarbeit aber erstreckt sich nur auf sachliche Vorschläge. Wenn eine Partei, die jetzt noch in der Regierung ist, durch ihre Vorschläge eine Verabschiedung des Etats unmöglich macht, dann können wir es allerdings ab, unsere jährliche Mitarbeit soweit zu treiben, daß wir durch Ablehnung solcher Vorschläge der Regierung die Durchführung des Etats gegen ihre eigenen Parteien ermöglichen. (Hört! hört!) Und wenn die Beratungen im Haushaltsausschuß beginnen, ohne daß über die elementaren Fragen der Deutung des Etats zwischen den Regierungsparteien eine Verständigung erzielt ist, dann müssen wir den Reichsanwalt heute schon darauf aufmerksam machen, daß wir es ablehnen, wenn der Karren völlig verfahren ist, unser Verantwortungsgefühl, an das man hier immer appelliert, noch mehr zu überbeanspruchen. (Zusammenfassung im Zentrum.) Gegenüber allen Streichungsvorschlägen behalten wir uns vor, auszuwählen, wo wir Streichungen vornehmen wollen. Der Reichsanwalt und der Reichsfinanzminister tragen die Verantwortung für den Etat! Von ihnen wird das Schicksal des Etats und damit auch dieses Kabinetts abhängen! (Beifall im Zentrum.)

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Das Gedächtnis der Vorredner für die letzten Jahre ist doch recht schlecht. (Heiterkeit.) Die Antwort auf die Angriffe Dr. Oberlohrens gegenüber der Regierung muß ich allerdings dem nächsten Redner der Regierungspartei, nämlich der Deutschen Volkspartei überlassen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich muß ihn doch darauf hinweisen, daß alle Parteien für 1929 das Defizit vorausgesehen haben, weil es automatisch den Kullinationspunkt der Reparationslast bildet. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen Reichsfinanzminister und seinen Vorgänger liegt deshalb kein Anlaß vor. Auch Dr. Köhler hat von seinem Vorgänger eine schlimme Erbschaft übernommen. Auch das Verjahr brachte neue Ausgabensteigerungen, schließlich auch Steuererhöhung, so daß es keine Dedung für 1929 vorausnehmen könnte. (Hr. Dr. Wehling (Ztr.): Sie haben doch diese Steuererhöhung mitgemacht!) Eine Erbschaft hat sich durch die ganzen Jahre fortgesetzt, nämlich die aus dem außerordentlichen Etat 1928. Die 650 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm von damals sind die negative Erbschaft. Sie konnten bisher nicht auf Anleihen übernehmen. Uebriens verstehe ich nicht, daß Dr. Herz die Gefährdung von 1925 für das Defizit verantwortlich macht, denn er selbst hat diese Gefährdung jahrelang als Verschwendungspolitik gebrandmarkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weil wir nicht die volle Höhe des Berges kennen, über den wir in diesem Jahr hinweg müssen, ist es bedenklich neue Steuererhöhungen aufzustellen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie wirklich erforderlich sind. Es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre, wenn diese Steuern sich in diesem Jahre als nicht voll notwendig erweisen, neue Ausgaben in diesem Rahmen einbringen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei der Mehrerhebung der Vermögenssteuer hat der Minister einen beachtlichen Weg gezeigt. Solche einmaligen Zuschläge für das Reparationsjahr sind lange nicht so gefährlich wie dauernde Steuererhöhungen. Eine Gefahr ist bei uns die Trennung zwischen dem Haushaltsausfluß, der die Steuern bemittelt und dem Steuererfluß, der die Gesele ausarbeiten soll. Wir wollen nur dann neue Einnahmequellen bemitteln, wenn auf keinem anderen Wege eine Dedung möglich ist. Wir haben vor einiger Zeit dem Finanzminister ein Streichungsprogramm unterbreitet. Jetzt ist allerdings ein Beitreiben der Parteien und Organisationen um den Reford der Streichungen ausgebrochen. Leider wissen wir heute noch nicht, welche Vorschläge die Deutsche Volkspartei einbringen will, ob in Uebereinstimmung mit dem Handbündel oder nicht. Auch wenn man detaillierte Vorschläge macht, kommt man mit der Zusammenfassung aller Streichungsvorschläge nicht zum Ziel. Es hat auch keinen Zweck, die Uebereinstimmung an die Länder zu vermindern, wenn dadurch die Realisierungen vermindert werden. Das ist Konjunktionspolitik, aber keine Finanzpolitik. (Zusammenfassung I.) Von einer gesetzlichen Verbindung der Realisierungsverfahren habe ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts. Wir müßten dann eine Veränderung des ganzen Steuerrechts vornehmen. Eine weitreichende Steuerreform ist aber unmöglich, wenn der Finanzminister nicht weiß, wie er die morgigen Ausgaben decken soll. Zu einer Regelung kann man nur kommen, wenn man das gesamte Finanzproblem betrachtet. Eine Gefährdung muß ich in Bezug auf den Etat noch machen, wobei ich jedoch in dieser Stunde darauf verzichte, sie polemisch auszusprechen. Sie betrifft das von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geäußerte Schatzwort „Panzerkreuzer und Kinderpflege“. Ich habe den Etat sehr aufmerksam durchgesehen, aber nirgendwo eine Position finden können, die für den Zweck der Kinderpflege irgendwelche Mittel zur Verfügung stellt. Kleinerer Streichungen sind möglich bei einzelnen Etats, z. B. beim auswärtigen Amt, wo die hohen Umzugskosten der Diplomaten nachsprühen sind. Streichungen in erheblichem Maße beim Wehrministerium und Streichungen beim Finanzministerium, namentlich eine Nachsprüfung der Pensionen. Der Panzerkreuzerbau hat einen großen Sturm hervorgerufen, obwohl er im Verhältnis zu dem gesamten Neubausprogramm nicht sehr erheblich ist. Aber die psychologische Vorbereitung dieses Neubaus durch die früheren Marineleistungen hat es erheblich an Vernunft und Einsicht mangeln lassen. Wir werden deshalb diesmal die Vorschläge der Marine besonders scharf kontrollieren und Streichungen bei den einmaligen Ausgaben beantragen, von denen wir unter keinen Umständen abgehen werden. Die Summen für Neubauten der Finanzämter müssen unter allen Umständen gestrichen werden. Wir glauben, daß dadurch die Bauwirtschaft nicht gefährdet wird, daß vielmehr der Wohnungsbau um so früher in die Erscheinung tritt. Gewandt man übrigens die rigorose Sparpolitik, die die Volkspartei vorschlägt, auch auf die besetzten Gebiete und die Reichsgebiete im Osten auszuweiten? Ich bezweifle es, daß die Politik der Beilegung der Reichsaussagen auch vom jetzigen Finanzminister energisch fortgesetzt werden ist. Wir begreifen es auch, daß die Ueberwachung des Abschließes langfristiger Verträge durch den Finanzminister aufrechterhalten werden soll.

Am 14. März.
Die Verträge zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung sind heute um 11 Uhr veröffentlicht worden. Dem am 11. Februar unterzeichneten politischen Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien sind vier Anlagen beigelegt. Die Anlage Nr. 1 bildet der Plan der vatikanischen Stadt. Die Anlage 2 enthält das Verzeichnis derjenigen Gebiete und Immobilien, die in den Besitz des Papstes übergehen, das Recht der Exterritorialität genießen, von Steuern befreit und vor Enteignung geschützt sind. Die Anlage 3 enthält das Gebiet und die Immobilien, die in den Besitz des Papstes übergehen, von Steuern befreit und vor Enteignung geschützt sind, aber nicht das Recht der Exterritorialität genießen. Die vierte Anlage enthält die Finanzkonvention zwischen Papst und Italien.

Das Konkordat besteht aus Vorwort und 46 Artikeln. Zu der nach der Unterzeichnung veröffentlichten amtlichen Ausgabe ist der Wortlaut des Konkordats zu ergänzen, daß der Heilige Stuhl das Recht hat, mit Bischöfen, dem Klerus und der ganzen katholischen Welt ohne jede Einmischung der italienischen Regierung zu korrespondieren. Das gleiche gilt für die Korrespondenz der Bischöfe mit ihren Gläubigen, soweit es sich um Ausübung ihres Hirtenamtes handelt. Sowohl der Heilige Stuhl als auch die Bischöfe haben das Recht zur freien Veröffentlichung sowie zum Anschlag von Richtlinien, Hirtenbriefen, Mitteilungsblättern der Diözesen und anderen Veröffentlichungen, die mit ihrem geistlichen Beruf zusammenhängen, im Innern und an den Außentüren der zum Gottesdienst bestimmten Gebäude. Derartige Veröffentlichungen und Anschläge sind steuerfrei. Veröffentlichungen des Heiligen Stuhles können in jeder Sprache, Veröffentlichungen von Bischöfen in italienischer oder lateinischer Sprache erfolgen, doch haben die kirchlichen Behörden das Recht, dem italienischen Wortlaut eine Uebersetzung in einer anderen Sprache beigelegen. Studenten der Theologie wird ein Aufschub des Militärdienstes bis zum 26. Lebensjahr gewährt. Die Ordensgeistlichen, die bereits ihr Gelübde abgelegt haben, sind vom Militärdienst befreit, mit Ausnahme der allgemeinen Mobilmachung. In diesem Falle werden sie als Militärggeistliche eingestuft. Die übrigen Geistlichen werden besonders zum Sanitätsdienst herangezogen.

Von der Tagesordnung ausgenommen sind die Ordinariate, die Pfarren, die Pfarrore und Koadjutoren. Die Geistlichen sind befreit vom Gewissensdienst. Kein Geistlicher darf ohne Genehmigung des Ordinariats der Diözese im staatlichen Dienst oder im Dienst vom Staat abhängender, öffentlicher Unternehmungen bleiben. Die Widerrufung der Genehmigung zwingt den Geistlichen, kein etwa übernommenes öffentliches Amt wieder aufzugeben. Abtrünnige Priester dürfen weder ange-

nominiert noch beibehalten werden in einer Behörde oder in einem Dienst, der sie in direkte Berührung mit dem Publikum bringt. Die dienstlichen Gehälter oder Einnahmen der Geistlichen sind im selben Maße wie die Gehälter der Staatsbeamten unpfändbar. Die Geistlichen dürfen weder vom Gericht noch anderen Behörden um Aufgabe ihres Versteigerungsanspruches erlitten werden. Im Falle der Uebersetzung eines Geistlichen an das Strafgericht hat der Staatsanwalt das Ordinariat der zuständigen Diözese davon zu unterrichten und das Ergebnis der Untersuchung und des Urteil mitzuteilen. Im Falle einer Verhaftung wird der Geistliche mit der seinem Grad entsprechenden Achtung behandelt. Im Falle der Verurteilung eines Geistlichen ist die Strafe nach Möglichkeit in besonderen Räumen, die nicht für Laien bestimmt sind, abzulegen.

Die hohen vertragschließenden Teile werden durch eine gemischte Kommission gemeinsam an die Ungleichheit der Diözesangrenzen an die Grenzen der Provinzen schreiten. Der Heilige Stuhl wird eine Diözese von Castra (italienische Grenze an der dalmatinischen Küste) errichten. Kein Teil italienischen Gebietes wird abhängig von einem Bischof, dessen Sitz außerhalb der italienischen Grenze liegt. Umgekehrt werden die italienischen Diözesen keinerlei Gebietsteile umfassen, die der Souveränität anderer Staaten unterliegen. Der gleiche Grundsatz gilt für alle Grenzgemeinden des Staates. Die Veränderung von Diözesen, die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen erfolgt, kann nur nach der Verlegung des betreffenden Diözesansitzes vor sich gehen, ohne daß jedoch dabei die Titel der Diözesen, noch deren Kapitel aufgehoben, noch die Aufwendungen für diese Diözese oder die darin befindlichen Kirchenverbände davon berührt werden. Die Wahl der Erzbischöfe und Bischöfe steht dem Heiligen Stuhl zu, der jedoch vor ihrer Ernennung oder der Ernennung eines Coadjutors cum jure successoriae sich vergewißert, daß seitens der italienischen Regierung keine Einwendungen politischer Natur gegen die Wahlen erhoben werden. Die Ernennung von Gemeindeführern wird von der zuständigen Kirchenbehörde der italienischen Regierung mitgeteilt und trifft erst 30 Tage nach dieser Mitteilung in Kraft.

Das „Giornale d'Italia“ glaubt, daß am 5. Mai der Austausch der Ratifikationsurkunden der Lateranverträge stattfinden wird und daß der Papst Christi Himmelfahrt noch nicht das Pontifikatamt im Vatikan antritt, er dagegen von einem Podium von der Mittloggia von St. Peter, wohl in der Festigkeit auf dem Traghorn gleitet würde, urbi et orbi den feierlichen Segen spenden würde. Ebenso rechnet das Regierungsblatt mit der Promulgation einer Enzyklika am Freitag.

Die Lage der sächsischen Industrie

Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller in Dresden

Dresden, 15. März.
Der Verband Sächsischer Industrieller trat am Freitagvormittag in Dresden zu seiner diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Die geschlossene Mitgliederversammlung wurde von dem neuen Vorsitzenden, Direktor Wille - Ribbeck, mit einer Ansprache eröffnet, in der er um Unterstützung seiner Arbeit im Interesse des Verbandes bat und der ausdauernden und weidenschaftlichen Schachmeister des Verbandes, Jobstberger Otto Reichert, den Segen sprach, der einstimmig genehmigt wurde. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und die turnusgemäß aus dem Vorstand ausscheidenden Herren wurden einstimmig wiedergewählt.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes, Dr. März, erbatte den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahr, der die verschiedenen vom Verband behandelten Probleme in interessanter Weise beleuchtete. Dr. März ging aus von der Berichtslektur der Konjunkturverhältnisse, die wenigstens den größten Teil der weiterverarbeitenden Industrie ergreifen hat, und die, gemessen an den statistischen Ziffern für wirtschaftliche Schwierigkeiten, wie Betriebsstilllegungen, Konurse und Geschäftsaufstehen, ein wesentlich unglücklicheres Bild darstellt, als der gleiche Zeitpunkt des Vorjahres. Als besonders bedenkliche Erscheinung hob Dr. März den Vorgang der Entlassungsleistungen hervor, der in der Abwanderung alteingesessener sächsischer Betriebe nach der

Regierung und Pflichtfundenzahl

Neuwahl des Landtagsvorstandes?

Dresden, 15. März.

Das schließliche Schulbedarfsgesetz ist eine böse Erbschaft aus dem Jahre 1923. Es hat dem Landtage schon manche bangende Stunde bereitet. Schließlich ist es auch kein alltäglicher Vorgang, daß man ein Gesetz schafft, von dessen finanzieller Unbedenklichkeit man überzeugt ist, von dessen finanzieller Unbedenklichkeit man überzeugt ist, von dessen finanzieller Unbedenklichkeit man überzeugt ist, von dessen finanzieller Unbedenklichkeit man überzeugt ist...

Neuere wird allerdings sogar widerrufen, daß der Finanzminister mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls die Beratung der Pflichtfundenzahl der Volksschullehrer angenommen würde. Wie dem auch sei, durch die Haltung der Demokraten ist die Regierungskoalition doch wieder einmal in Schwierigkeiten gebracht worden. Und die Lösung, die man in der gestern einberufenen interfraktionellen Sitzung gesucht hat, ist doch alles andere denn klar. Voraussetzungen sind die bisherige Regelung der Bodenstundenzahl an den Volksschulen auch für das am 1. April beginnende Schuljahr zunächst beizubehalten. Die Regierung hat inzwischen eine bis ins einzelne gehende Umfrage eingeleitet. Durch die gehalten werden soll, wie sich die Beratung der Pflichtfundenzahl nach dem derzeitigen Stand der Dinge finanziell auswirken würde. Erst wenn dieses Ergebnis dieser Kundfrage vorliegt, soll die Angelegenheit zwischen den Koalitionsparteien weiterverhandelt werden.

Wie wir erfahren, ist in Aussicht genommen, die auf Grund der neuen Gesetzgebung des Landtages vorzunehmende Neuwahl des gesamten Landtagsvorstandes am nächsten Donnerstag vorzunehmen. — Es ist jedoch nicht ganz unmöglich, daß die Neuwahl noch herausgeschoben wird, da einzelne Fraktionen einen entsprechenden Wunsch zu erkennen gegeben haben. Die Wahl wird also möglicherweise erst nach ein paar Tagen vorgenommen werden.

Dresden und Umgebung

Einrichtung von Poststellen

Dresden, 15. März.

Am 15. März werden in Dresden die nachstehenden Postannahmestellen eingerichtet:

Baunzer Str. 30 bei Herrn Hans Scheibe; a) Holzhofstr. 98 bei Herrn Otto H. Reiche; a) d). Deutsche-Kaiser-Allee 2 bei Frau Martha Taubrich; a) c) d). Bergparthenstr. 19 bei Herrn Arthur Lange; a) c) d). Vorschlagstr. 10 bei Herrn Oskar Erdmann; a) d). Großenhainer Str. 75 bei Herrn Paul Eichert; a) d). Leipziger Str. 152 bei Herrn Alfred Tüsch; a) d). Pennericher Str. 21 bei Herrn August Teuber; a) d). Sonnenlehne 29 bei Herrn Bruno Reinick; a) d). Handestr. 40 bei Herrn Bruno Krosch; a) d). Baunzer Landstr. 66 bei Herrn Kurt Keller; a) d).

Die Nachfragen hinter dem Namen des Poststelleninhabers bedeuten: Die Poststellen belassen sich: a) mit dem Verkauf von Postwertzeichen und mit der Annahme von Einschreibebriefsendungen und von gewöhnlichen Briefsendungen, die sich nicht in die Briefkasten lassen, mit Ausnahme der sonstigen Briefchen und der Einschreibebriefsendungen mit Radnahme nach dem Ausland; b) mit der Annahme von gewöhnlichen Paketen und sonstigen Packchen; c) mit der Annahme von Telegrammen; d) mit der Vermittlung von Orts-, Vororts- und Ferngesprächen.

Dresden erhält weitere zwei Reichswehreshadronen

Dresden, 15. März.

Dem Haushalt des Reichswehrministeriums für 1929 liegt eine Denkschrift über Truppenzusammensetzungen bei, in der es klargestellt wird, daß gewisse militärische Gründe wie auch wirtschaftliche Interessen des Reiches eine Zusammenfassung der Truppen und Verringerung der Zahl der Standorte erfordern. Die Denkschrift verkennt nicht, daß für die von der Verlegung betroffenen Städte gewisse Härten entstehen, daß vor allem für einzelne kleine Städte, denen die Truppe genommen werden soll, wesentliche wirtschaftliche Nachteile austreten, daß aber gegenüber den lebenswichtigen Interessen des Heeres beratliche Bedenken zurück-

treten müssen. Die Denkschrift führt dann die einzelnen Verlegungen an, die geplant sind. So ist z. B. folgende, in erster Linie Sachsen interessierende Verlegung in Aussicht genommen: Das Reiterregiment 12 liegt jetzt in drei Standorten Dresden, Grimma und Großenhain. Aus Ausbildungsgründen ist diese Trennung nicht länger tragbar, auch wünschenswerte Gründe zur Verstärkung der Regimentsteile in Dresden, wo sich der Regimentsstab befindet, es muß daher ein Standort, entweder Grimma oder Großenhain aufgegeben werden. Die Erörterungen, welche von beiden auszugehen ist, sind noch nicht geschlossen. Dresden, wird, das sieht fest, um zwei Eskadronen verstärkt.

Die in Torgau liegenden beiden Eskadronen des Reiterregiments 10, sollen nach Schlesien verlegt werden; eine spätere Wiederbesetzung von Torgau mit einem anderen Truppenteil wird angestrebt.

Die Finanzlage der Straßenbahn

Sitzung der Dresdner Stadtverordneten

Dresden, 15. März.

Die Tarifierhöhung der Straßenbahn beschäftigte auch die Dresdner Stadtverordneten. Die Kommunisten verlangen sofortige Aufhebung der beschlossenen Tarifierhöhung. Der Vorsitzende will den Antrag der bisherigen Gewohnheit gemäß zunächst an den Verwaltungsrat der Straßenbahn weiterleiten. Die Kommunisten finden daran keinen Gefallen. Es kommt zu einer Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden, die in der klassischen Formierung des Stadt. Schrapel (Kom.) gipfelt: „Es wird ja immer verdrückt hier in der Bude“. Der Vorsitzende weist diesen Ausdruck zurück. Die kommunistische Forderung, den Antrag sofort zu beraten, wird abgelehnt.

Weiter wollen die Kommunisten nichts weniger als das Reichsarbeitslosen-Verficherungsgesetz befreit wissen. An seine Stelle soll die ausreichende Unterhaltung der Erwerbslosen mit unbeschränkter Versorgungsdauer nach Lohnklasse II unter Fortfall jeder Bedürftigkeitsprüfung treten. Dieser beschriebene Antrag wird an den Finanzausschuß verwiesen. Zum Beschluß erhoben wurde ein sozialistischer Antrag, der vom Rat Bericht über die Zusammenlegung der Vorstände oder Arbeitsausschüsse der von der Stadt laufend finanziell unterstützten freien Organisationen und Vereine und über die Vertretung der Stadt in ihnen verlangt, sowie ein deutschnationaler Zusatzantrag, auch über die Leistungen der Organisationen und Vereine Bericht zu erstatten.

Der Hauptteil der Anträge wurde von der SPD bestritten. Ihre Offenheit richtete sich u. a. gegen den Finanz-ausschuß. Ihre Offenheit sollte die Gelegenheit nur auszunutzen werden, um die Erörterungen im Reich und die Tätigkeit des sozialistischen Reichsfinanzministers für die kommunistische Agitation im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen nutzbar zu machen. Die Frage der Regieretribe spielt dabei eine bevorzugte Rolle. Mit Eifer wandte sich der kommuni-

nistische Redner gegen eine Überführung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Dresden in ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, eine Frage, die bisher lediglich theoretisch eine Rolle gespielt hat. In seiner Entgegnung machte Stadtdirektor Hinstorbusch (Soj.) Mitteilung von der Anleihebelastung der Straßenbahn. Zunächst lassen auf ihr rund 10 Millionen Mark ausgewerteter Anleiheverschuldung von Vorkriegsanleihen mit 5 v. H. Verzinsung und 30jähriger Laufzeit. Eine Anleihe von 7 Millionen Mark zu einem Zinssatz von 9 v. H. hätten die Kommunisten selbst mitbewilligt. Dazu komme eine Inlandsanleihe von ebenfalls 7 Millionen zu 8 v. H. mit 20jähriger Tilgung und eine schwappende Schuld von 5,8 Millionen, endlich ein neuer Anleihebedarf von 3,7 Millionen. Von Kurzfristigkeit der Straßenbahn könne keine Rede sein. Bürgermeister Dr. Bührer betonte ebenfalls, daß es gerade die langfristigen Kredite seien, die schwer auf die Straßenbahn drückten. Die Frage der Beteiligung von Privatkapital sei seinerzeit deshalb aufgeworfen worden, weil ein großes Berliner Unternehmen mit einem positiven Angebot an die Straßenbahn herangetreten sei und weil der Finanzdezernent die Entscheidung darüber allein nicht treffen konnte. Die Beratung sei rein theoretisch gewesen und habe sich mit der Frage befaßt, wie eine finanzielle Erleichterung für die städtischen Betriebe möglich sei. Der Antrag wird schließlich dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Zum Schluß wird ein kommunistischer Antrag angenommen, allen Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentnern, sowie allen vom Fürsorgeamt und vom Ortsamt für Kriegserfahrene Betroffenen für den Monat April 2 1/2 Renten Kohle zu gewähren. Eine kleine Anfrage des Stadtd. Wirthsen (D. Fr.) für die Zukunft, über die angebotene Richtverwendung von nicht mehr erheblichen Mengen von Brot und Semmeln, die von den städtischen Schulspesen angekauft übrig bleiben. Der Rat erklärte, das Angelegen hierüber nicht vorliegen, daß es aber eine Erörterungstabelle sei, daß in den Schulen mitgebrauchte Frühstück täglich freigegeben werde.

In der Woche vor und in der Woche nach Ostern finden keine Plenarsitzungen statt. Schluß der Sitzung 23.30 Uhr.

treten müssen. Die Denkschrift führt dann die einzelnen Verlegungen an, die geplant sind. So ist z. B. folgende, in erster Linie Sachsen interessierende Verlegung in Aussicht genommen: Das Reiterregiment 12 liegt jetzt in drei Standorten Dresden, Grimma und Großenhain. Aus Ausbildungsgründen ist diese Trennung nicht länger tragbar, auch wünschenswerte Gründe zur Verstärkung der Regimentsteile in Dresden, wo sich der Regimentsstab befindet, es muß daher ein Standort, entweder Grimma oder Großenhain aufgegeben werden. Die Erörterungen, welche von beiden auszugehen ist, sind noch nicht geschlossen. Dresden, wird, das sieht fest, um zwei Eskadronen verstärkt.

Die in Torgau liegenden beiden Eskadronen des Reiterregiments 10, sollen nach Schlesien verlegt werden; eine spätere Wiederbesetzung von Torgau mit einem anderen Truppenteil wird angestrebt.

Sächsische Auswanderer

Dresden, 15. März.

Im vergangenen Jahr sind aus Sachsen 1473 Männer und 1243 Frauen, zusammen 2716 Personen nach Übersee ausgewandert gegen 2650 im Jahre 1927. Auf 100 000 Einwohner kamen in Sachsen 1928 nur 53,6 Auswanderer gegen 60,5 im Jahre 1927. Diese sächsischen Zahlen liegen weit unter dem Reichsdurchschnitt, denn 1928 entfielen im Reich auf 100 000 Einwohner 88,9, 1927 sogar 96,1 Auswanderer. Aus dem ganzen Reich sind 1928 56 545 gegen 60 772 Personen im Vorjahr ausgewandert.

Soziale Gerichtshilfe

Dresden, 15. März.

Die langzeit öffentlich geführte Auseinandersetzung darüber, ob die einzurichtende Gerichtshilfe dem Justizministerium oder dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zu unterstellen sei, ist unklar. Die Entscheidung des Reichsgerichts im Beschluß des Ministerrats entschieden worden. Am 14. März hat der Landtag den Antrag der deutschen Volkspartei angenommen, für die soziale Gerichtshilfe 50 000 Mark aus dem Wohlfahrtsfonds zur Verfügung zu stellen.

Die Anwesenheit jeder die Entlassung der abgehenden Schüler am Sonnabend den 9. März 1929. Sie wurde ausgeführt durch den Schulleiter Oberlehrer Sattler als Vertreter der Stadtverordneten und durch zahlreiche frühere Lehrer

und Eltern der Schüler. Nach einem Vortrage des Schulleiters von Joh. Seb. Bach richtete Köhler O Ia Abschiedsworte an die Schule, worauf Heller O Ia über den geologischen Aufbau der Dresdner Landschaft und Trauer O Ia über die deutsche Jugendbewegung und ihre Bedeutung für das Volksgeschehen sprach. Nach Abschiedsworten an die abgehenden Schüler durch Baum II Ia spielte Brandel O Ia das Allegro aus der D-Dur-Sonate Nr. 28 von Beethoven. Hieran schloß sich die Abschiedsrede des Rektors Dr. Lehmann an. Er legte das Wort Friedrichs zurunde: „Arbeit und Fleiß, das sind die Flügel, so führen über Strom und Hügel“ und brachte diesen Gedanken in Verbindung mit Leben und Werk von Alfred Bruch. Das treue deutsche Herz von Julius Otto, einstimmig vom Kantor Freyemann gesungen, beschloß die Feier.

Wegen Einleitung einer neuen Eis-Kraftwerklinie Leipzig-Döbeln-Dresden fand am 11. d. M. in der Amtsbauverwaltung Döbeln unter Leitung des Dresdner Architekten Dr. Wolff Fiedorp. Er kamme aus Hamburg, wo er am 26. Dezember 1861 geboren war. Seit 1893 war er in seiner Dresdner Stellung tätig.

Die Reisekosten der Staatsbeamten. Des Personalrat im Ministerium des Innern hat mitgeteilt, daß die Regelung der Reisekostenbestimmungen in Sachsen nur im Zusammenhang mit der Reichsregierung erfolgen werde. Damit dürfte die Regelung noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

 Porzellan, Kristall
Johann Anhäuser, Ecke Moritzstr.

der sprachlichen Sammlungen vorgenommen worden: Dr. Erstedt, Prof. und Professor am Kupferstichkabinett. Von der im 54. Lebensjahre steht, wie Bode Braunschweiger von Geburt — seine Erklärungsarbeit über altitalienische Bildentwürfe ist hervorzuheben noch von Bode rezensiert worden — hat seine ganze musikalische Wirksamkeit dem Kupferstichkabinett gewidmet. Er gilt heute als der überlegene Kenner der alten Graphik, er hat den mühsamsten Katalog der sächsischen Handschriften der Sammlung geschaffen, den Friedländer herausgab, und eine Weiterleitung in dem großen beschreibenden Kataloge von Meyers graphischem Werk hingestellt. Sein Werk über die deutsche Graphik ist das beste Handbuch dieses Gebietes, das wir besitzen. Die Berliner Museen und mit ihnen die öffentlichen Bibliotheken sind glücklich, in Friedländer, Bode und Demmler (als dem Direktor der Sammlung von Bildwerken der christlichen Epochen) für die Kunst seit dem Mittelalter, der Bode Hauptarbeit galt, Nachfolger seines Wirkens zu besitzen. Die sein Werk über die Kunst der Zeiten hinaus zu erhalten und zu mehrern befähigt sind.

Zum Jubiläum des Tonkünstlervereins. Anlässlich des bevorstehenden 25jährigen Jubiläums des Tonkünstlervereins hat Richard Strauß, das langjährige Ehrenmitglied des Vereins, das nachstehende Schreiben an den Vereinsvorsitzenden, Herrn Kommerzienrat Theo Bauer, gerichtet: „Zum Jubiläum des Dresdner Tonkünstlervereins sende ich meine herzlichsten Glückwünsche und gedenke dabei in besonderer Dankbarkeit, daß derselbe eine der ersten Kunststätten war, die dem jungen Richard Strauß ihre ersten Schritte geöffnet hat. Wäre in Fortsetzung seiner rühmlichen Vergangenheit der Verein mit gelegentlicher Tätigkeit zur Festhaltung seiner Traditionen. Durch H. Fürstner, Berlin, lasse ich Ihnen einen Betrag überreichen, den ich als bezeichnendes Zeichen Ihrer Unterstützung annehmen bitte. In treuer Anhänglichkeit bleibe ich Ihnen und dem Dresdner Tonkünstlerverein stets gewogen als Ihr aufrichtig ergebener Richard Strauß.“

Reinhold Paul Kron. 4. Abend. Man hatte durch die Wahl des Vereinshauslaales dem 4. Konzerte einen außerordentlich hohen Stellenwert gegeben. Auch ein ausstärkender Dirigent — Julia Lorenz (Hilffeld) — war herangezogen worden. Aber trotzdem brachte das Programm — ich hörte die drei ersten Werke — nichts Außergewöhnliches. Das Kommerzienrat von Albin Berg hatte abgelehnt werden müssen, da nicht genügend Proben halten stattfinden können. Dafür wurde die Konzertreihe von Darius

Milhand gelehrt, ein Werk, das seit schon den Weg aller Freikirchen geht, obwohl sich Paul Kron, Francis Koene, Paul Bornmann, Herbert Konnefeld und Wolfgang Lieber hatten mit Wärme eingelesen. Auch das zweite Werk, die Kammermusik (Werk 9) von Arnold Schönberg ist reichlich verlobt; denn was der Komponist in diese Partitur hineingepackt hat, haben vor ihm Richard Strauß und Richard Wagner schon besser und bedeutender gesagt, und Strindberg hat in seiner „Toten Stadt“ ähnliches viel geschickter gemacht. Die fast verwegene Instrumentation dient gleichfalls nicht als Mittelteil. Koene und Bornmann, sowie eine große Anzahl Mitglieder der Dresdner Philharmonie spielten das Werk mit Vorwur und Virtuosität. Julia Lorenz dient ihm als musikalischer Führer. Er ist sicher ein begabter Dirigent, kämpft aber noch mit der Kontrolle und erweist durch eine ziemlich unruhige, bisweilen edle und erhabene Stimmführung einen nervösen Eindruck. Ein gewisses Interesse rief die Konzerte, Monolog der Stella (Woelfel) für Gesang und Klavier von Ernst Krenek nach. Der Tonleiter ist hier auf der Suche nach einer neuen melodischen Linie. Die Einförmigkeit von Solowerkzeugen ist sicher nicht uninteressant, wird aber immerhin gesucht und feierlich, zumal der impressionistische Klavierlauf dazu im scharfsten Gegensatz steht. Julia Lorenz gab der Singstimme Musikvorles und Kron spielte als gewandelter Doppelte. Die „neue Musik“ erreicht auf diese Weise keine Gipfelhöhen, namentlich ein bekannter Wiener Vortrag in einer Musikzeitschrift eine schwarze Witze angelegt hat, in der die Kritiker an den Pranger gestellt werden, die der „neuen Musik“ nicht Lebensformen finden wollen.

Harmonisches. Felix Held ist ein äußerst feinerwärtiger Pianist. Aus seinem Anschlag klingt eine musikalische Seele. Die Kinderliedern von Schumann und „Fantasiestücke“ aus Werk 12 des selben Komponisten waren eingeschli in den Duft und Zauber, aber auch in den fortwährenden Schwung dieses sehr deutschen Musikromantikers. In der „Französischen Suite“ in G-Dur und „Drei Präludien und Fugen“ von Joh. Seb. Bach festelten die Stimmführung, die Klarheit und Durchsichtigkeit und die hochstilisierte Anschlagstechnik dieses durch und durch musikalischen Pianisten. Man wird sich dieses feinfühlerigen Pianisten wieder erinnern müssen.

Ständiger. Nach längerer Zeit fand Verdis „Falstaff“ wieder einmal im Spielplan. Es gab zwei Aufführungen. Erstliche Saborern erwies als Frau Weg ihre Verwendbarkeit für diese Art Rollen in ausgezeichneter Weise. Sie fand sicher im Ensemble und war auch stimmlich ganz vorzüglich. Weniger befriedigte Fa-

zini als Anton. Wenn auch die Stimme eine ganz angenehme Klangfarbe hat, so fehlt es ihr doch an Modulation und Tragfähigkeit. Die Darstellung kommt über Andeutungen kaum hinaus. Der Verlauf der Vorstellung war leider nur leidlich.

Musikalische Veranstaltung für Arbeitslose. Das Arbeitsamt Dresden veranstaltete im „Raunpalastr“ (Stadt Leipzig) einen Musikabend mit Streichorchester. Unter der Leitung des, sichstehenden und gewandten musikalischen Fiktion von Florenz Werner saßen die Streicher des Philharmonischen Orchesters für eine sächsische, langschöne und plastische Wiedergabe der Serenade in D-Moll von Robert Schumann (obst. Celso Wolfram Kieber), der „Steglichen Melodien“ (Herzwinden — Leichter Frühling) von Edward Grieg und der „Kleinen Nocturne“ von Chopin ein. Die Werke hinterließen bei den Zuhörern, die den Saal bis zum letzten Platz besetzt hielten, einen nachhaltigen Eindruck und lösten lebhaften Beifall aus. Ein Zeichen, wie sich zeigen, denen die Arbeitslosigkeit eine schwere Last bedeutet, gern einmal auf eine kurze Spanne Zeit von den drückenden Sorgen loslassen und freudig nach einem Lichtblicke schauen. Vielleicht würde die Stimmung noch erhebender, wenn für diese Aufführungen ein sympathischerer Saal zur Verfügung stünde.

Dresdner Lichtspiele

Wochenprogramm:

Ufa-Palast: „Die Rosen“ mit John Gilbert. — Ufa-Der Savewitch (2. Woche verlängert). — Capitol: „Der Jagdendevote“. — Prinz-Theater: „Vodendes Gift“. — Kammerlichtspiele: „Ein-Tin-Tin's schwerer Sieg“. — Zentrum: „Die Witternachts-Taxe“, in der Hauptrolle Harry Niel. — M.S.: „Die geheimnisvolle Stunde“. — Rialto: Vom 15. bis 18. März: „Gardel, der Redvogel“, vom 19.—21.: „Der große Unbekannte“. Mittwoch, nachm. 3 Uhr: Jugendvorstellung. — Gloria-Palast: Vom 15.—18.: „Liebtraum“, vom 19. bis 21.: „Jachse, der Schiffsjunge“. Mittwoch, nachm. 3 Uhr: Jugendvorstellung.

Dresdner Musik-Schule (Direktor Hans Schöner). Sonntag, 17. März, 11.15 Uhr, Neumarkt 2, Aufführung vor dem Nationalverein. Programm: Fide-Sonate in A-Dur von J. S. Bach; Klover-Konzerte in D-Dur von Hauptmann, D-Dur von Mozart (Krönungskonzert) und G-Moll von Mendelssohn sowie Gesänge.

Der D...
Diakonen:
phil. Joh...
Kleineid...
Sperre
Umhaus der...
der Arbeit...
den gekom...
sperre. De...
geleitet. W...
Straßenbah...
Abzugung...
fahr- und N...
Explo...
Lichtspiele:
gruch wach...
der Zeitgan...
der Nacht...
Konstanz...
7 Uhr aben...
hohem Tor...
schloßherm...
eine Versch...
bebei den...
den dort bel...
in der neue...
Führung...
Die jetzt...
für die we...
schäbigen...
Leip...
Langlam...
Die Mi...
lich die N...
sem weiter...
ganz lang...
walle re...
der Hilfe...
barkeit der...
gerufen. M...
mühten Sp...
die Mi...
die hier ge...
Weim Ger...
woller de...
folde, die...
gefühdel...
Robert, ein...
Stadt über...
Die Erh...
Die St...
Ausfrage...
bahn für...
für eine St...
entsprech...
Preisbühn...
4 Millionen...
die Straß...
Kongress...
M...
gigkeit der...
Für Ze...
Kaufe zu...
apparaten...
Richt beh...
1300 im...
der gleich...
gen läßt m...

Die Etatrede Silberdings

Berlin, 15. März.
Reichsfinanzminister Dr. Silberding führte in seiner gestrigen Etatrede im Reichstag im wesentlichen folgendes aus:
Die gegenwärtige Finanzlage des Reiches sei entscheidend beeinflusst durch die Gestaltung des außerordentlichen Etats für 1926 und 1927. Die schwere Wirtschaftskrise des Jahres 1926 führte zur Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das zusammen mit einer Reihe anderer Ausgaben, die teilweise in den ordentlichen Haushalt hätten eingestellt werden müssen, den außerordentlichen Etat 1927 auf 1400 Millionen anschwellen ließ. Während aber beabsichtigt war, diese Summe voll durch Anleihen zu decken, hätte die Reinhold-Anleihe dem Reich nur einen Erlös von 452 Millionen gebracht, wovon auch noch im Laufe der Jahre rund 100 Millionen durch das Reich zum Zwecke der Kursstützung zurückzuerwerben werden mußten.
Es sei zwar gelungen, dieses

Defizit des außerordentlichen Haushalts von rund 1 Milliarde durch Verwendung von Ueberüberschüssen des ordentlichen Etats, Auflösung des Betriebsmittelfonds und Kürzung einzelner Ausgaben auf 658 Millionen zu senken, aber durch den außerordentlichen Haushalt 1928 seien weitere 80 Millionen hinzugekommen, wofür in dieser Höhe ein zur Deckung eingeleitetes Reichsbankdarlehen tatsächlich nicht zurückgezahlt worden sei. Dadurch erhöhe sich das Gesamtdefizit des außerordentlichen Haushalts auf 738 Millionen. Die Durchschleppung dieses Defizits sei von Jahr zu Jahr in dem Umfange schwerer geworden, in dem die Etatsmäßig vorgesehene Ausgabe tatsächlich geleistet werden mußten. Während Ende 1927 erst 400 Millionen im außerordentlichen Haushalt auf diese Weise ungedeckt veranschlagt waren, stieg die Summe Ende 1928 bereits auf 600 Millionen.

Bei der Lage des Kapitalmarktes sei es aber in absehbarer Zeit nicht möglich, das Defizit des außerordentlichen Haushalts durch langfristige Anleihen zu decken. Der deutsche Kapitalbedarf könne ohnehin durch die innerdeutsche Kapitalbildung bei weitem nicht befriedigt werden. Der Bedarf für Wohnungs-, Industrie- und Straßenbauten sei bereits das neugebildete Kapital zum größten Teil auf, so daß für den gesamten Bedarf von Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Versorgungsbetrieben viel zu wenig für Reich und Länder aber gar nichts übrig bleibe. Ebenso unbrauchbar sei der Vorschlag, dem Reich durch den Verkauf von Vorkursaktien der Reichsbahn die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Eine solche Maßnahme würde einmal die Reorganisation der Reichsbahn noch Verengung ihrer Reparationshaltung erschweren, sie wäre angesichts der Lage des Kapitalmarktes gegenwärtig überhaupt unmöglich, weil sie den für ein solches erstes Papier ohnehin zu niedrigen Kurs weiter senken müßte, und sie würde schließlich der Reichsbahn das einzige Mittel berauben, die Begebung der notwendigen Anleihen zu finanzieren.

Diese Lage des außerordentlichen Haushalts sei der Schlüssel zum Verständnis für die schwierige Kassenlage, in der sich das Reich befinde. Es handele sich hier grundsätzlich um das Verhältnis der in der Kasse befindlichen Mittel zu den jeweils fälligen Ausgaben. Die Kassenmittel setzen sich zusammen: 1. aus den Steuereinnahmen und 2. aus den Kassen. Die Kasse entstehen dadurch, daß Ausgaben, die im Etat vorgesehene und durch Einnahmen gedeckt sind, innerhalb des Etatsjahres nicht geleistet werden. Sie betragen etwa 4 Prozent der Ausgaben und sind normalerweise auf 250 Millionen zu schätzen. Außerordentlich für die Deckung des Betriebsmittelbedarfs des Reiches der Kontokorrentkredit von 100 Millionen bei der Reichsbank und die Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel bis zur Höhe von 400 Millionen Mark zur Verfügung. Im Regelfall reichen diese Deckungsmittel aus, um den normalen Betriebsmittelbedarf von etwa 300 Millionen und ferner Ausgaben für unvorhergesehene Zwecke, z. B. Stützungsstellen und sonstige Kassenzuschüsse zu finanzieren.

Gegenwärtig genügen diese Deckungsmittel aber nicht, weil die Kassenbestände für andere Zwecke verwendet worden sind. 600 Millionen sind zur vorläufigen Deckung des außerordentlichen Haushalts gezahlt, 100 Millionen haben zur Kurostüttung für die Reichs-Anleihen gebildet, 100 Millionen sind als Darlehen an die Preußische Postverwaltung, 80 Millionen sind an die Reichsbahn haben ihr geliehen werden müssen und weitere 10 Millionen sind in sonstigen Kassenverpflichtungen angelegt. Aus diesem Grunde sei nach Erreichung der genannten Deckungsmöglichkeiten in der Kasse ein Defizit von über 500 Millionen entstanden, das durch kurzfristige Anleihen gedeckt werden müßte. Zu diesem Zweck sei es insbesondere erforderlich geworden, Schatzwechseln und Schatzwechsel bei den Versicherungsträgern in Höhe von 102 Millionen und bei den Banken in Höhe von 180 Millionen unterzubringen.

In den letzten Monaten habe sich die Kassenlage in besonderem Maße verschlechtert, weil einmal regelmäßig in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres im Gegensatz zur ersten die Ausgaben größer seien als die Einnahmen und weil außerdem wegen der großen Arbeitslosigkeit die Reichsbank für Arbeitslosenversicherung einen besonders hohen Reichsbeitrag erhalten müßte, der bis Ende Februar über 1,3 Milliarden betrug und sich bis zum Schluß des Etatsjahres wahrscheinlich auf rund 2,0 Milliarden erhöhen wird. Danach sei die Situation zweifellos ernst, aber es gelte schon ein besonderes Maß verantwortungsvoller Bewusstheit oder williger Untertänigkeit der tatsächlichen Sachlage dazu, diese Gelegenheit zu benutzen, um das Schreckbild der Situation an die Wand zu malen. Es handele sich nicht um eine Schuldenwirtschaft des Reiches, sondern nur um einen vorübergehenden Mangel an Kassenmitteln. Die kurzfristigen Schulden, die für den Umlaufbedarf aufgenommen werden müßten, würden tatsächlich schon 10 Tage nachher aus Steuermitteln wieder zurückgezahlt werden.

Die Erbschaft, die er beim ordentlichen Haushalt übernommen habe, sei nicht minder schwer wie die beim außerordentlichen Haushalt gewesen. Hier sei die finanzielle Lage gegenüber dem Vorjahre wesentlich verschlechtert, weil 1929 die Reparationszahlungen um 312 Millionen stiegen, während der Münzgewinn und der Rest des Ueberüberschusses aus 1924, die zusammen mit 300 Millionen in den Etat 1929 eingestellt waren, im kommenden Rechnungsjahre nicht mehr zur Verfügung ständen. Dieser Betrag von über 800 Millionen hätte also auf alle Fälle gedeckt werden müssen. Der Minister betonte, daß er unter allen Umständen ein Defizit vermeiden und den Haushalt wirklich bilanzieren wollte. Da somit einmalige Einnahmen und nicht begehbbare Anleihen von vornherein ausgeschlossen, wären nur Kürzungen, Kürzungen der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden und Steuererhöhungen übrig geblieben. Steuererhöhungen könnten dabei aber nur als letztes Mittel in Betracht kommen. Sie müßten angeht der bereits vorhandenen Steuerlast und der niedrigen Konjunktur nach Möglichkeit vermieden werden. Das liege insbesondere auch im Interesse der Arbeiterklasse, weil nur so eine Erweiterung der Produktion und damit eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten ermöglicht werde. Diese Rücksichten seien aber bei harten Konjunktur besonders dringlich, weil das jährliche Wirtschaftsergebnis bei schlechter Konjunktur um etwa 8 bis 10 Milliarden sinke. Aus diesen Gründen muß in erster Linie der Weg der Sparmaßnahmen beschritten werden. Die Verringerung der Ausgaben, um die sich demgemäß das Reichsfinanzministerium von Anfang an energisch bemüht hat, konnte allerdings im Etat deshalb nicht so deutlich zum Ausdruck, weil sie insbesondere auf die umfangreichen Mehrforderungen der einzelnen Ressorts gerichtet sein mußte. Immerhin sei es zum Beispiel gelungen, bei den Wehrausgaben — einschließlich der Ausgaben des Reichs — tatsächlich rund 20 Millionen einzusparen.

Die Regierung sei auch grundsätzlich bereit, weitere Kürzungen zu unterziehen, aber für diese Kürzungen sei tatsächlich ein geringeres Spielraum vorhanden, als in der Öffentlichkeit angenommen werde. Einmal könnten sie nur vertreten werden, wenn sie wirtschaftlich vernünftig und sozial erträglich sind. Darüber hinaus dürften sie aber auch nicht dazu führen, daß im folgenden Jahre die Mehrausgaben in doppelter Höhe wiederkehren. Denn es sei noch durchaus nicht klar, ob die kommenden Jahre gegenüber 1929 eine Erleichterung bringen würden. Deshalb müßten die Schwierigkeiten jetzt überwunden und nicht nur vertagt werden. Schließlich sei aber vor allem der Beitrag der Reichsausgaben, an dem tatsächlich gespart werden könne, verhältnismäßig nur sehr gering. Von den gesamten Nettoausgaben des Reiches von rund 10 Milliarden müßten nämlich die Länderüberweisungen mit 3,45 Milliarden, die Verzinsung der Reichsschuld mit 450 Millionen, die inneren und äußeren Kriegskosten mit 3,5 Milliarden und schließlich auch die Ausgaben für die Reichsfinanzverwaltung mit rund 500 Millionen abgezogen werden. Für die eigentliche Reichsverwaltung bleiben also nur rund 2 Milliarden Ausgaben übrig, aber auch diese Summe läge nur zum Teil für Kürzungen in Frage. Einmal sind hierin über 400 Millionen Personalausgaben enthalten und außerdem müßten noch einige andere Posten wie z. B. fällige Gehaltsrückstellungen usw. ausgedehnt werden.

Zu dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Deckungsprogramm

fürte Dr. Silberding aus: Die Kürzung der Steuererhöhungen an Länder und Gemeinden um 70 Millionen sei gerechtfertigt, weil das Reich durch die 1925 eintretende volle Reparationsbelastung dazu gezwungen werde. Sie sei auch in dem vorgeschlagenen Ausmaß für Länder und Gemeinden erträglich, weil sie ihnen eine Gesamtsumme behalte, die die Soll-Ueberweisungen von 1928 noch etwas übersteige. Deshalb sei eine Erhöhung der Realsteuern nicht erforderlich. Andererseits verlange er nicht, daß auf Länder und Gemeinden der Hauptteil der deutschen Verwaltungsausgaben entfalle, und daß sie z. B. für Schulwesen, Justiz, Polizei, Wohnungs- und Gesundheitswesen und Verkehrswesen allein im Jahre 1929/30 rund 5 1/2 Milliarden aus Steuermitteln anzuwenden hätten, wozu das Reich durch seine Steuererhöhungen nur 2,6 Milliarden beitrage. Es dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Ueberweisungen seit 1926 um 3 1/2 halbe Milliarden anwachsen seien, und daß sich auch die

Früher des Post- und Gemeindefinanzierung nicht unmerklich erhöht hätten, wogegen die Reichsfinanzen infolge der Defizitreform sich auf etwa 700 Milliarden belaufen.

Trotz der Kürzung der Länderüberweisungen und der Höherhebung der Steuererträge seien Steuererhöhungen von insgesamt 379 Millionen erforderlich. Sie sollten aufgebracht werden aus der Biersteuer mit 165 Millionen, aus dem Branntweinmonopol mit 90 Millionen, aus der Erbschaftsteuer mit 20 Millionen und aus der Vermögenssteuer mit 104 Millionen. Es sei berechtigt, das Schwerkgewicht der Steuererhöhungen auf die Alkoholsteuern zu legen, weil das deutsche Steuerwesen in diesem Punkte einen Mangel aufweise. England z. B. erhebe vom Branntwein das Vierfache, vom Bier sogar das Fünffache der deutschen Steuer. Außerdem müsse hervorgehoben werden, daß die Biersteuererhöhung sich völlig im Rahmen dessen halten, was schon 1925 von dem Finanzminister Schlieffen vorgeschlagen, aber damals vom Reichstag nicht angenommen worden sei. Der Minister hob hervor, daß er die Gründe, die gegen diese Steuererhöhungen geltend gemacht würden, nicht verkenne, daß es aber vor allem darauf ankomme, sich nicht den Weg für eine künftige Steuerentlastung zu verbauen. Das würde aber geschehen, wenn man jetzt den Ausgleich durch kleinere Streichungen oder sonstige unzulängliche Deckungsmittel finden wollte. Diese künftige Reform müsse vor allem auf die Befreiung der Zuckersteuer und die Milderung der direkten Steuern gerichtet sein.

Ein wichtiger Bestandteil sei auch die Regelung der finanziellen Fragen zwischen Reich und Ländern.

Hier handele es sich in erster Linie um die Fragen der Abfindung für die Staatseisenbahnen und Wasserstraßen, um die Entschädigung für das abgetretene Staatsgebiet, die Ueberweisungen aus der Biersteuer und die Postabfindung für Bayern und Württemberg. Einige Länder hätten wegen eines Teiles dieser Aufwertungs- und Entschädigungsansprüche bereits Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht. Kame es zu einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes, so sei wahrscheinlich, daß weitgehende Eingriffe in den Haushalt von Reich und Ländern erforderlich wären. Um das zu vermeiden, halte es die Reichsregierung für richtig, den Vergleich zu machen, alle diese schwebenden Fragen im Wege des Ausgleichs mit den Ländern zu lösen. Die unabweisbaren Ansprüche der einzelnen Länder sollen dadurch in einer Weise geregelt werden, wie sie mit der Finanzlage des Reiches und der Länder verträglich ist. In diesem Zusammenhang erwähnte der Minister auch das Steuervereinfachungsgebot, dessen Ziel — Vereinfachung der Verwaltung und Herbeiführung einer Vergleichbarkeit der Belastung — zugleich die Voraussetzung für die endgültige Regelung des Finanzausgleichs sei. Einzuweisen müßte die bestehende Uebergangsregelung verlängert werden.

Ostafrika vor dem Oberhaus

Lugard wünscht Trennung von Schwarz und Weiß

Noch keine Entscheidungen

London, 14. März.

Im Oberhaus lenkte Lord Lugard die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht der Hilton-Young-Kommission, der für eine engere Verbindung zwischen den britischen Gebieten in Ost- und Zentralafrika eintritt. Lord Lugard forderte die Vorlage von Plänen und erklärte, die von der Kommission formulierten Grundzüge seien von einer das ganze britische Reich umfassenden Bedeutung. Keine hastige Entscheidung dürfe getroffen werden. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß die einzig dauernde Lösung des Problems in Ostafrika die Schaffung einer abgeordneten weißen Niederlassung sei, die schließlich autonom werden könne, während die übrigen Gebiete getrennt nach dem Vorbild des südafrikanischen Protektorats verwaltet werden könnten. Im Ausland, so fährt der Redner fort, sei der Verdacht laut geworden, daß in diesen Vorschlägen ein heimlicher Wunsch verborgen sein könnte, Mandatsgebiete zu annektieren. Wenn diese Frage von der Mandatskommission erörtert werden würde, deren Mitglied er sei, so würden alle ihre Mitglieder sich bemühen, ohne Vorbehaltenheit an die Frage heranzutreten. Aber es scheint ihm jetzt, wo er als Privatperson spreche, daß, solange jedes Gebiet als Ganzes fortbestehe und seine eigenen Gesetze unter seinem eigenen Gouverneur erlassen soll, wie dies in dem Bericht vorgeschlagen werde, die Hauptwirkung der Vorschläge darin bestehe, die Grundzüge des Mandatsystems in Uebereinstimmung mit den Erklärungen der britischen Regierung vom Jahre 1923 zu erweitern und diese Grundzüge auf die gesamte Gruppe der ostafrikanischen Dependenden auszudehnen. Ein engerer Zusammenhalt zwischen ihnen sei nicht möglich, wenn nicht die fundamentalen Grundzüge der Politik in allen Gebieten identisch seien. Das einzig Wesentliche sei der dauernde Charakter des Mandats, und dieser sei nicht in Frage gestellt und werde im Vertrag von Versailles festgelegt. Im übrigen beständen die wesentlichen Obliegenheiten, die einer Mandatsmacht auferlegt seien, darin, daß sie gewisse grundsätzliche Verpflichtungen erfülle, die in dem Mandat enthalten seien, gleichviel, ob diese mit der allgemeinen Politik der betreffenden Mandatsmacht übereinstimmen oder nicht, und daß ein jährlicher Bericht in Genf unterbreitet werde.

Lord Olivier betonte, daß die Zeit gekommen sei für eine sorgfältige neue Darlegung der Grundzüge, die bei der Verwaltung des britischen Mandats als Treuhänder befolgt werden sollten. Klare Definitionen seien erforderlich. Soweit er wisse, beabsichtige die Regierung, eine Kommission von angesehenen Persönlichkeiten nach Afrika zu senden, um die Fragen mit der Bevölkerung an Ort und Stelle zu erörtern und ihre Ansichten zu hören. Die Arbeiterpartei könne jedoch unmöglich durch irgendwelche Art von Abmachung gebunden werden, die zwischen einer solchen Kommission und einzelnen Personen in Ostafrika getroffen wird.

Lord Blyth gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Oberhaus von ihm keine endgültige Erklärung über die Politik der Regierung erwarte, und fügte hinzu, die im Bericht behandelten Fragen würden weiterhin eingehend erörtern. Die Regierung habe nicht die Absicht, irgendeine endgültige Aktion auf die Empfehlungen des Berichts hin zu unternehmen, bevor man Gelegenheit gehabt habe, die Fragen in England ausreichend zu erörtern und die Ansichten der Leute festzustellen, die am nächsten beteiligt seien, nämlich der verschiedenen Gemeinschaften in Ostafrika. Die Regierung habe freis den Standpunkt vertreten, daß diese Gemeinschaften ein Recht hätten, sich darüber

zu äußern, ob die im Bericht enthaltenen Vorschläge ausgeführt werden sollen und in welcher Weise diese Ausführung gegebenenfalls erfolgen soll. Die Regierung grüße zurzeit eingehend die Frage, wie die Gemeinschaften in Ostafrika am besten zu Rate gezogen werden könnten. Es sei klar, daß das Ergebnis derartiger Beratungen nicht innerhalb der Lebensdauer des augenblicklichen Parlaments bekannt werden könne, und er glaube, daß es unter diesen Umständen der Regierung verlohnt erscheinen würde, einen gemeinsamen Sonderauschuss zu schaffen, wie dies in der Aussprache angeregt worden sei, oder auch nur zu entscheiden, ob ein gemeinsamer Sonderauschuss die beste Methode sei, um sich hier in England mit dem Bericht zu befassen.

Der frühere langjährige Gouverneur von Nigeria, Sir Frederick Lugard, der sich durch zahlreiche Veröffentlichungen über afrikanische Probleme und durch seine mühevollste Verwaltungstätigkeit einen Namen gemacht hat und heute Mitglied des Oberhauses und der Mandatskommission ist, bringt die Einführung eines Verwaltungssystems in Ostafrika in Vorschlag, das in Südafrika und Rhodesia in Form der autonomen Selbstverwaltung der Weißen und der direkten Unterstellung der Farbigen in den Reservations unter das colonial office sein Vorbild gefunden hat. Die Bildung eines autonomen weißen Siedlungsgebietes im Hochland von Kenia würde sowohl die Aspirationen der Europäer befriedigen, als auch einen gewissen Schutz für die eingeborene Bevölkerung der übrigen Landstriche darstellen. Allerdings würde durch eine solche Regelung auch die Durchführung einer gemeinsamen schwarzen Politik in Kenia und Tanganjika erleichtert werden, und wir haben daher allen Anlaß, auch diesem Vorschlag gegenüber unsere Bedenken aufrecht zu erhalten.

Glückwünsche zum Geburtstag Kardinals Bertram

Anlässlich des 70. Geburtstages Sr. Eminenz des Kardinal-Nuntius von Breslau Bertram sandte der Berliner Alerus folgendes Guldigungstelegramm:

„Der anlässlich der Recollectio zahlreich versammelte Berliner Alerus entbietet Sr. Eminenz zum heutigem Geburtstags die ehrerbietigsten Glück- und Segenswünsche, eingedenk der großen Hirtenliebe Sr. Eminenz für die Telegatur erneuert er das Gebührende unverbrüchlicher Treue und Dankbarkeit.“

gez. Corlain.“

Zum heutigem Geburtstags entbietet Sr. Eminenz die Zentrumsfraktion des Reichstages aufrichtige und herzlichste Wünsche. Mögen Sr. Eminenz neben der in Jahrzehnten in zäher und hingebungsvoller Arbeit erzielten reichen Erfolge noch viele Jahre segensbringenden Wirkens für Kirche, Volk und Vaterland beschieden sein.

Zentrumsfraktion des Reichstages,
gez. Stegerwald.

Der Reichsinnenminister hat dem Nuntius von Breslau, Herrn Kardinal Dr. Bertram, zur Vollendung des 70. Lebensjahres telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.

Missionsabend in Dresden

Einmal im Jahre möchten wir Katholiken auch in der Öffentlichkeit des katholischen Lebens der Missionen gedenken. Wir Christen des Abendlandes fühlen uns geborgen, da wir unter dem Schutze unserer geistlichen Väter, der Kirche, leben. Wir können so leicht unserer Seele von dem Lichte der ewigen Wahrheit abgehen. Wir brauchen nur zu wollen und jeder Zweifel schwindet. Wir können trotz der Aufrichtigkeit der Predigten des modernen Sekularismus uns frei halten von Irrtum, Weltergötzen und Unglauben. Wir brauchen nicht weit zu gehen, um Wahrheit und Liebe zu finden. Wir leben nicht in „Jenseits und Todesstätten“. Wo wir diesen Zustand doch finden, ist es eigene Schuld des Menschen.

Andero in den Ländern der Schuldlos Ungetauften, der eigentlichen Weltweit. Dortin muß erst das Licht der Wahrheit verbreitet werden. Dort häuften die „Sonne der Wahrheit und Gerechtigkeit“ gegen den heinische unüberwindlichen Nebel der Lüge, des Aberglaubens und Unglaubens und des sinnverwirrenden Treibens der Verirrungen des menschlichen Willens.

In Dresden soll uns am Donnerstag, 21. März im Gesellschaftshaus, abends 8 Uhr, durch einen Lichtbildvortrag über Afrika und seine Missionierung dieser Völker zwischen unserem so leicht möglichen Glück und den Hoffentlichkeiten, für dieses Glück Menschenleben zu gewinnen, gezeigt werden.

Die hl. Rosentzeit, die Zeit der Erinnerung an das Leid und damit an das Erlösungswort des Welt-Heilandes, ist so gut geeignet uns für die Missions-Aufgaben der Kirche zu erwärmen. Der Heiland starb für alle Menschen aller Rassen und Sprachen. Er will, daß wir „Reichen“ helfen, damit den „Armen“ das Evangelium, die große Botschaft des Heiles gebracht werden kann.

Dieser Missionsabend ist gedacht für die große Öffentlichkeit der Katholiken Dresdens. Der Verleihung der Jungfrauenvereine und Kongregationen soll nur die Vorarbeit für den Abend leisten. Das Nähere besagen die Einladungen, welche am Sonntag, 17. März an den Kirchenvereinen ausgesprochen werden. Katholiken! Kommt und laßt euch anregen für Notwendigkeiten des Reiches Gottes und Christi auf Erden!

Bücherlich

Johannes Wahren, Genet Wien, Ein literarisches Charakterbild, 2 und 3. Teil, Verlag Johannes Wahren, Wien (erschienen 2 B.). — Über den großen nordischen Dichter sind viele Bücher schon geschrieben worden. Wahren erweist sich als ein Kenner, der wie nicht viele befaßt ist, seine Gedanken über Wären der Öffentlichkeit zu übergeben. Hinsichtlich, daß Wahren ein Schöpfer Einblicke hat, wie sie vielen „Mittelschichten“ vorzuziehen sind. Wahren läßt Wären vor uns entstehen aus seinen Belegen und aus seinen Worten. So nur ist ein Lebenswahrer Bild zu gewinnen. Besonders gut gelangen ist Wahren die Darstellung des Romaniters Wären, der nach und nach zum genialsten Wären unter den Dramatikern reift. Auch dem Dichter Wären ist Wahren besondere Beachtung, wie auch seiner Einflüsse zur Politik, zur Philosophie und Religion. Wahren hat überall ein selbständiges, vollkommen und einflussreiches Urteil, der vor allem seine Überzeugung offen zum Ausdruck bringt und dabei doch wie kein anderer der Wären Wären gerecht wird. So ist diese Charakterstudie ein höchst beachtliches Buch und man kann nur wünschen, daß Katholiken erst zu diesem Buch greifen, wenn sie ein treffendes, lebenswaches und lebensvolles Bild über Wären gewinnen wollen.

Leipziger Sender

Sonntabend, 16. März:

- 12.00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- 14.00 Uhr: Funkwerbenachrichten.
- 15.00 Uhr: Frohne-Dungen.
- 16.00 Uhr: Praktische Rechtskunde. III.
- 18.30 Uhr: Konzert.
- 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten.

Der Marxismus als Wissenschaft

Das bolschewistische Parteidogma

(Von unserem Vertreter.)

Ka. Woskan, Mitte März.

Der Begriff Toleranz gehört zum Wesen des modernen Staates, und eine Verleugnung dieses Grundgesetzes wäre ein Rückschritt in die Zeit des sibirischen Absolutismus und die Wiedererneuerung des Geistes des Volkes von Rantes. Der Staat, der sich als erster zu diesem Grundgesetz bekannte, war England, das genau vor hundert Jahren die Emanzipationsbilddes. Kein Staat aber hat gänzlicher und völliger diesen Begriff preisgegeben und praktisch abgelehnt als das bolschewistische Russland, das doch sonst die fortschrittlichste Staatsform, die Staatsform der Zukunft abgeben möchte.

Russland, wie es war und noch mehr wie es heute ist, macht sich geradezu lustig über den bürgerlichen Toleranzbegriff Westeuropas und erhebt geradezu die Intoleranz gegen alle bürgerlichen Anschauungen zum Parteidogma. Von dieser unglaublichen Unbuddsamkeit befreit, geht man nicht nur immer häufiger gegen alle religiösen Lebensäußerungen vor, man sucht überhaupt alle nicht marxistisch Denkenden von allen Institutionen und Einrichtungen fernzuhalten oder aber auch daraus zu entfernen. Das heißt man in Russland die Reinigung, die Auslese aller dem bolschewistischen Staatsgedanken fremden und reaktionären Elemente. Je mehr bolschewistischer Radikalismus auch aus der Schule des Bolschewismus in die Höhe kommt, desto lauter wird auch diese Forderung nach Reinigung gestellt und desto unerträglich wird sie auch durchgeführt.

Vorbeugend, gewissermaßen als Prophezeie gedacht, ist schon die Reinigung der Wahlen von allen Namen, die in der Partei nicht gut angesehen sind. Ihr Sinn ist, allen Nichtkommunisten das Eindringen in die Reihen und den Verwaltungsapparat des Staates auf die Dauer und für die Zukunft unmöglich zu machen. Noch viel weiter geht der Kommunismus jetzt in seinem Reinigungsversuche aus. Ohne Rücksicht auf ihre Leistungen sollen Angestellte und Beamte, die nicht auf das marxistische Programm schwören, entfernt werden, angefangen von den Fabrikanten bis hinunter zu den Akademikern. Die letzte Verjagung der Arbeiter im Baumanischen Razon rühmt sich, verschiedene Fabriken ausgeräumt zu haben. In der Wille, d. h. der Polizei des Kreises von Samara, einem Zentrum der Wolgaregion, die immer noch als reaktionär angesehen waren, hat man jetzt 100 Wollisten einfach abgeführt und auf die Straße geworfen, und man geht jetzt daran, ein Gesetz zu schaffen, daß solche aus ihren Stellungen entfernt und von ihrem Posten Entbunden nicht mehr anderwärts und in anderen Beamten Aufnahme finden dürfen.

Besonders wird auf die Reinigung der geistlichen...

gen, der Kopparbeiter hingearbeitet, vor allem im Lehrpersonal, wo infolge von Protektion (?) die Junglehrer aus Arbeiterkreisen von 70 Prozent auf 50 Prozent zurückgegangen sein sollen. Infolgedessen habe bei Neuannahme in den Lehrstand eine äußerste Strenge walten müssen in der Auswahl der Aspiranten. So ist man schon jetzt zu dieser Verjagung übergegangen, obwohl noch jüngst die Regierungsbilddes „Swestija“ versichert, daß bei der Reinigung zunächst nur an den Verwaltungskörper, nicht aber an den Lehrkörper gedacht werde. Der Ruf nach Reinigung wird gegenwärtig am lauteften gerichtet an die Adresse der russischen Akademien, der Gelehrtenkörperschaften, die die geistigen Führer Russlands abgeben. Den Akademien wirft man vor, daß sie das Recht der Reaktionäre auf politischem und wissenschaftlichem Gebiete seien. Man kann es der Akademie der Wissenschaften nicht verzeihen, daß sie die Forderung der dort praktizierenden Studenten ablehnte (33 für 2 dagegen), den Marxismus als Wissenschaft und besonderes Fach zu lehren, mit der Begründung: „Der Marxismus ist keine wissenschaftliche Theorie“. Solche Entscheidung hat das marxistische Herz der Bolschewisten schwer verwundet und die Kritik gegen die Akademie noch vergrößert, die man jetzt schmäht als „konserwativ“, reaktionäres Klasseninstitut, ja sogar als unwissenschaftlich. Daß die Akademie es wagt, 3 Kommunisten, Deborin, Kritische und Rubin, abzulehnen und bei den Ergänzungsarbeiten ihnen die Aufnahme in die Reihe der „Unsterblichen“ zu verweigern, war eine schwere Herausforderung des ganzen russischen Kommunismus, der es nicht an Drohungen gegen die Akademie der Wissenschaften fehlen ließ. Auch die Staatsakademie der Kunstwissenschaften hat noch eine bürgerliche, antimarxistische Mehrheit, und selbst das Mitglied der politischen Pinks, Sakulin, hat bei den überausen Kommunisten einen hohen Klang. Daß aber z. B. ein Sohn des Oberprofessors Samarin und ein angeblicher Schützer der Weisheitslehren Nifimow und endlich ein ehemaliger Millionär Wodruschkin Mitglieder genannter Körperschaften sind, ist Grund genug, die Akademie in der Krapottinstraße als unwissenschaftlich zu lästern, deren Existenzberechtigung in Frage zu stellen. Lebensjahre haben die kommunistischen Dränger und Stürmer um die „Komsomolskaja Branda“ herum eine Um- und Umgruppierung der Akademie für ein Gebot der Stunde.

Das Recht der Selbstverwaltung und Selbstergänzung der Akademien ist sehr in Gefahr, nachdem sie zu reaktionären Institutionen gestempelt werden. So steht ein großes und allgemeines Revirement in Russland bevor, und so wird der ganze bolschewistische Staatsapparat immer mehr den reinen Marxismus hervortreten. Damit aber wird Russlands Weichte von dem übrigen Europa immer vollendet, je mehr die Männer ausgeemert werden, die noch im Geiste des alten Georg Tischtscherin das gute Alte mit dem noch nicht bewährten Neuen verbunden, und ein Entwicklungsglied schufen, das in der Reife einer gefunden und normalen Entwicklung nicht weggedacht werden darf.

Dresdner Schlachtmehlmahl vom 14. März

Auftrieb: 6 Ochsen, 9 Bullen, 8 Kühe, 602 Kälber, 30 Schafe, 602 Schweine, zusammen 1363 Stück. Die Preise betragen nach amtlicher Feststellung für 50 kg Lebendgewicht in Mark: 1. Rinder: Ohne Geschäft. 2. Säuger: 1. —, 2. 85—90, 3. 80—84, 4. 70—77. 3. Schafe: Ohne Geschäft. 4. Schweine: 1. 84, 2. 82—83, 3. 80—81, 4. 78—79. Geschäftsgang: Kälber und Schweine gut. Heberlan: 16 Rinder (4 Ochsen, 8 Bullen, 4 Kühe), 18 Schafe, 1 Schwein.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Gerhard Desch, Dresden. Verantwortlich für den schließlichen Teil: Dr. Max Schmiedel, Dresden. Verantwortlich für den Anzeigen: Kurt Benz, Dresden.

Konzert-Direktion E. Knoblauch
Heute Freitag, 15. März, 8 Uhr
Künstlerhaus
Hermann-Löns-Abend
Walpurga **Stober Eugen Kny**
Landsluder zur Laute, ermat-bellere Landsludungen, Farbengerechte Lichtbilder
Karten im Re-Ka und an der Abendkasse

Nazarethheim St. Anna
Dresden, Reißigerstraße 4
Heim für werdende Mütter und für solche mit Kind
Zwecks Familienpflege bei Wöchnerinnen oder Aufnahme von Kindern Annahmen erleben nur noch Nazarethschwester **Goppeln**. Amt Niederlebis 272? oder Dresden, Reißigerstraße 4, Auf 32714 (62714)
Dortselbst werden auch milde Gaben jeder Art dankbar angenommen.

Bei wem? **billig!**
kaufen Sie gut und
Unsere **Anzüge u. Mäntel** neuester Muster und Form in den **Preislagen: M. 79.-, 68.-, 54.-, 48.-, 32.-** sind in Bezug auf Qualität und Verarbeitung außergewöhnlich **billig!**
Hosen v. M. 3,50 an
Windjacken, Lederjacken besonders preiswert!
Bekleidungshaus „Idaal“, Dresden,
Pillnitzer Str. 25

KOHLLEN!
Kretzschmar & Munckelt
Dresden, Inhaber: Paul Alfred Waurich
Caristraße 4 Kontor, Niederlagen: Löwenstraße 5
Eibaustadtplatz a. d. Neustädter Dampfschiff-Haltestelle
Fernsprecher: 54706, 55825

Zur Führung eines framenlosen Beamtenaushalt (2 Kinder 9 und 11 J.) eine geeignete **Personlichkeit** gesucht: Anfang April. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten **Pfauen**, postlagernd M. 3.
Tüchtiges, lauberes **Hausmädchen** zu mehreren Ermahnen in einfachem Vorortsvillenhaus für 1. April oder früher gesucht. Angeb. an Frau Dr. Rudolf, Oberleitnitz, Dr. Rooststr. 43.
Stricherin auf 7er Maschine sucht **Selbstarbeit** oder außer Haus. Spr.: Sachse und Köche. Zuschr. a. Rosa Beck, Dresn, Baujäger Str. 27b, IV.
Autofahrschule O. Cebulla
Dresden-N., Löwenstraße 10
Auf 55557

Hotel Torsthaus Hartmann
Dresden

Der Kath. Gefellenverein Dresden-3.
sucht laufend für seine Mitglieder **möblierte Zimmer und Schlafstellen** bis zum Preise von 30 M. monatlich. Angebote erbeten an den Hausmeister des Kolpinghauses, Dresden A. I., Küppersstraße 4.

Visitenkarten liefert geschmackvoll u. schnell **GERMANIA A.-G.**, Polierstr. 17
Musterbuch liegt l. d. Geschäftsstelle aus

Dresdner Theater

Opernhaus Sonntabend Vater Anrecht Der Troubadour (1/2, 3) Grat v. Luna Gefelino Carode a. G. Sonntag Vater Anrecht Götterdämmerung (5)	Die Komödie Freitag Das Geld auf der Straße (7, 8) 888. Gr. 1: 3751—3800 Abonnement C 2 Sonntabend Das Geld auf der Straße (7, 8) 888. Gr. 1: 3-01—3850
Schauspielhaus Sonntabend Kreditkreise A Lampacivagabundus (1/2, 3) Vater Anrecht Kriemhilds Rache (1/2, 3) 888. Gr. 1: 3201—3500 Gr. 2: 201—250	Neubenz-Theater Freitag Friederike (8) 888. Gr. 1: 2651—2700 Sonntabend Friederike (8) 888. Gr. 1: 2901—2950
Albert-Theater Sonntabend Das glühende Eisenblech (1/2, 3) 888. Gr. 1: 7001—7200 Gr. 2: 661—600 Sonntag Gefeliane Vorstellung Minn von Barnhelm (1/2, 1) Don Carlos (3) Gefeliane Vorstellung Kastspiel Maria Fein Die Frau, die jeder sucht (1/2, 3) 888. Gr. 1: 7201—7400	Central-Theater Heute und folgende Tage Abends 8 Uhr Erster Teil: Varletprogramm Zweiter Teil: Die ungeklärte Eva Sonntag auch 4 Uhr (Aline Welle) Städt. Planetarium Dresden-N., Striebel-Allee 24 Täglich um 16 Uhr: Mars und seine Brüder um 17 ¹⁵ Uhr: Jahreslauf der Sterne

Nummer...
Handelom...
ringt, ist...
nach zwei...
von grun...
Kontorben...
mit den r...
gekürzt b...
vernehme...
Kirchenst...
der Apen...
Einverne...
Königs u...
Gran Co...
tion der...
freilich...
folger V...
höherer...
angebl...
widerleg...
liche Tat...
Kirche, de...
einem it...
ziehungen...
Staatsbil...
2 und 3...
u ein g...
neffe S...
Waffan...
Hawes S...
gegenf...
weiläufig...
Welle...
men di...
u d w...
wägt...
war, nach...
Zeltaller...
Tradition...
Freimaur...
folgreich...
person u...
fordern...
Volk, u...
Mehrb...
Die...
Italien...
Raticano...
schen S...
Raumver...
gebrachte...
Besitz...
Territor...
Pius XI...
rungen...
aus der...
abhängig...
ren oder...
gehäben...
lammenh...
lange no...
einen Te...
hat, in...
eines Te...
war, dah...
drü...
leit je...
u d bi...
u d pe...
lichen...
ren d...
Kirchlich...
Orten J...
nität...
Unabhän...
lich im...
d...
d...
in Zukun...
werden...
Pateran...